

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Dänemark: Allmähliche Konjunkturerholung auf solider Wirtschaftsbasis

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2003) : Dänemark: Allmähliche Konjunkturerholung auf solider Wirtschaftsbasis, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 56, Iss. 03, pp. 28-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163875>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dänemark: Allmähliche Konjunkturerholung auf solider Wirtschaftsbasis

28

Oscar-Erich Kuntze

Relativ gute Wirtschaftsentwicklung 2002. Verzögerte konjunkturelle Erholung 2003. Spannungsarmer Aufschwung 2004. Wirtschaftspolitik stimuliert 2003 wenig und wird 2004 konjunkturneutral. Noch keine Entscheidung für die Einführung des Euro. Hervorragende dänische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2002. Weiterhin Überschüsse in Staatshaushalt und Leistungsbilanz. Verlangsamung des Preisauftriebs zu erwarten. Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter günstig.

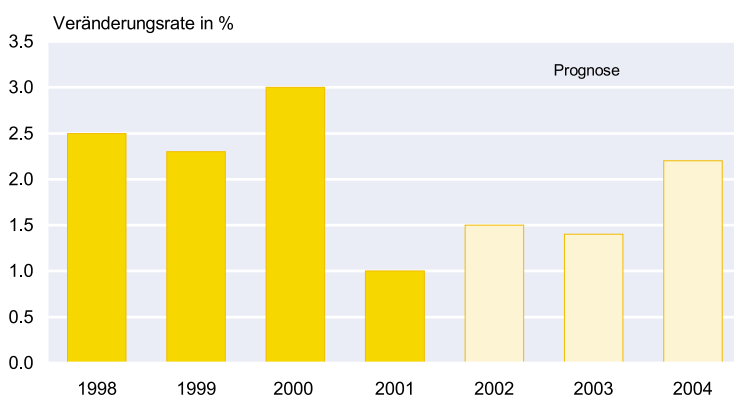
Das politische und soziale Umfeld wurde 2002 dominiert von der dänischen Ratspräsidentschaft in der EU. Dabei hat die Regierung ausgezeichnete Arbeit geleistet, was – wie auch das finnische Beispiel im zweiten Halbjahr 1999 und die belgische Bilanz im zweiten Semester 2001 – neuerlich zeigt, dass in dieser Hinsicht gute Resultate nicht von der Größe und Wirtschaftsmacht eines Landes abhängig sind. Hartnäckige Verhandlungsführung, effiziente Organisation, Transparenz und Einfühlungsvermögen wurden allgemein sehr gelobt und brachten den Dänen zudem den Ruf eines ehrlichen Maklers. Dies, obwohl sie durch die Nichtteilnahme ihres Landes an der rechtlichen, militärischen, währungspolitischen und polizeilichen Zusammenarbeit innerhalb der EU gehandicapt waren. Bei der Zusammenarbeit von EU-Institutionen wurden neue Maßstäbe gesetzt. Auf diese Weise gelang es, strittige Punkte wie die Liberalisierung des Energiesektors, das »Single Sky«-Abkommen für einen gemeinsamen europäischen Luftraum ab 2004, vor allem aber mit Schwung und Geschick die ebenfalls bis zuletzt heiklen

Verhandlungen über die Erweiterung der EU um zehn Länder, deren Beitritt zum 1. Mai 2004 vorgesehen ist, zu einem guten Abschluss zu bringen. Die Kriterien hierfür waren unter der dänischen EU-Präsidentschaft 1993 festgelegt worden.

Dieser Erfolg ist zu einem wesentlichen Teil Ministerpräsident Fogh Rasmussen zu danken, der erst ein halbes Jahr im Amt war und daher als Risiko für eine erfolgreiche Durchführung der EU-Ratspräsidentschaft galt. Seine Partei, die liberale, aber zur politischen Mitte hin tendierende Venstre, war aus den Parlamentswahlen vom November 2001 als stärkste Partei mit verdoppelter Abgeordnetenzahl hervorgegangen, während die seit dem Beginn der neunziger Jahre dominierenden Sozialdemokraten eine herbe Niederlage einstecken mussten. Wie üblich, leitet Rasmussen eine Minderheitsregierung, gestützt auf die Venstre und Det Konservative Parti. Beide Parteien verfügen im stark fragmentierten Folketing nur über 72 der 179 Sitze. Sie müssen sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall suchen. Gestützt wird die Regierung von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, zu der jedoch Distanz bewahrt und deren Drängen nach formaler Einbindung in die Regierungsmacht abgewehrt werden konnte. Das fällt auch nicht allzu schwer, da die meisten Gesetze, einschließlich des Staatshaushalts, traditionell im Konsens mit den Oppositionsparteien beschlossen werden. So hat auch die sozialdemokratische Opposition dem Großteil der Gesetze des bürgerlichen Kabinetts zugestimmt. Bemerkenswerter Weise gilt das auch für die im Herbst 2002 erfolgte einschneidende Reform der Arbeitsmarktpolitik.

Um die Sozialdemokratische Partei war es nach ihrer Wahlniederlage zunächst still

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

geworden – kein Wunder, war sie doch erstmals seit 1920 nicht mehr die stärkste politische Kraft. Derzeit befindet sie sich in einer Phase der Konsolidierung und des Neuanfangs. So wurden neue politische Ziele formuliert: Niedrigere Steuerbelastung, verstärkten Wohnungsbau, Verbesserung von Gesundheitswesen und Umweltpolitik. Zur Ausländerpolitik, die zu ihrer Wahlniederlage maßgeblich beigetragen hatte, wurde indes eine Festlegung vermieden. Auch kam es zu einem Führungswechsel. Nachdem der frühere Premierminister und Parteivorsitzende Poul Rasmussen im Sommer 2002 dreimal in wichtigen Fragen auf Parteiforen und in der Fraktion Niederlagen einstecken musste, legte er Ende des Jahres den Vorsitz nieder. Nachfolger wurde sein etwa gleich alter, langjähriger Vertrauter Mogens Lykketoft. Mit dem ehemaligen Außenminister übernahm zwar eine starke und strategisch denkende Persönlichkeit das Parteiruder. Aber die von der Basis gewünschte Verjüngung und Erneuerung der Spitze blieb aus, was die Geschlossenheit der Sozialdemokratische Partei auf längere Zeit beeinträchtigen dürfte.

Die traditionell den Sozialdemokraten nahe stehenden Gewerkschaften (Organisationsgrad ungefähr 87%, da sie die Arbeitslosenstellen verwalten) fürchten seit dem Regierungswechsel ein Schwinden ihres Einflusses. Das Klima zwischen dem dominierenden Verband LO und der Regierung ist schlecht. Hieraus resultieren auch harsche Reaktionen, wie etwa die Massendemonstration im März 2002 als Antwort auf die Arbeitsmarktreformen.

Die auswärtigen Gebiete Dänemarks, die über Autonomie in inneren Angelegenheiten verfügenden Färöer-Inseln und Grönland, bereiteten dem Mutterland in letzter Zeit einigen Verdruss. Auf Grönland brach die kurz nach den Wahlen Ende 2002 gebildete Regierung bereits Anfang 2003 auseinander, u.a. weil sie den seit längerem eingerissenen Nepotismus ungeniert fortgesetzt hatte. Bei fast allen Parteien ist jedoch der Wunsch nach noch mehr Autonomie, auch auf dem Gebiet der Außenpolitik, gewachsen. Auf den Färöer-Inseln geht die jahrzehntelange, gleichgewichtige Spaltung der Bevölkerung in Befürworter und Gegner einer Eigenstaatlichkeit weiter. Zwar haben die Separatisten bei den Wahlen vom April 2002 eine knappe Niederlage erlitten. Damit ist jedoch das Problem nicht gelöst. Und es wird sogar hochbrisant werden, falls im Off-shore-Gebiet der Inseln abbauwürdige Ölvorkommen gefunden werden sollten.

2002 erfolgte die einschneidendste Reform der Regierungsbehörden seit 1953. Die Zahl der Ministerien wurde von 21 auf 18 verringert, und Zuständigkeiten wurden in erheblichem Umfang innerhalb derselben neu verteilt. Es entstand ein Superministerium für Wirtschaft, das nun auch die Kompetenzen für Energie, Stadtentwicklung und Wohnungsbau bekam. Im Außenministerium ging das Ministerium für Entwicklungshilfe auf. Beim Finanzressort liegen jetzt u.a. auch die Zuständigkeiten für die amtlichen Konjunktur-

prognosen sowie für die Zusammenarbeit in der EU/ECIFIN. Auch das Steuerministerium erhielt weitere Zuständigkeiten. Wirtschaftsfragen werden nur noch von zwei Ministerien entschieden. Das macht Entscheidungsprozesse effizienter und transparenter und verringert die Bürokratie.

Die Kontinuität der Wirtschaftspolitik scheint gewährleistet, einschließlich des grundsätzlichen Erhalts des Wohlfahrtsstaates. Das gilt vor allem für die Preisstabilisierung und für die konsolidierungsorientierte Finanzpolitik; eine nennenswerte Senkung der im internationalen Vergleich sehr hohen Steuer- und Abgabenquote ist nicht abzusehen. Geld- und Wechselkurspolitisch bleibt es bei der engen Bindung an den Euro-Raum im Rahmen des EWS II. Die neue arbeitsmarktpolitische Linie wird konsequent umgesetzt. Größere Aufmerksamkeit als bisher gilt dem auch hier vielfach unzulänglichen Gesundheitswesen. Bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen geht man behutsam vor. Gleiches gilt für die nahezu vom gesamten politischen und wirtschaftlichen Establishment befürwortete Abschaffung der im Maastricht II-Vertrag den Dänen zugestanden Ausnahmeregelungen einschließlich der Einführung des Euro. Letztere dürfte akut werden, sollte in Schweden das diesbezügliche Referendum am 14. September 2003 positiv ausgehen.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den Vereinigten Staaten stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. In Japan entsprachen Nachfrage und Produktion annähernd den Volumina von 2001. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 2¹/₂%. In Westeuropa, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1% zu; im Euro-Raum stieg es um gut 3¹/₄% und in Deutschland um 1¹/₄%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ca. 25¹/₂ US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

Nach der konjunkturellen Verlangsamung – bis hin zur Stagnation im zweiten Halbjahr – 2001 haben sich Nachfrage und Produktion in Dänemark wieder lebhafter erhöht. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1¹/₂% zugenommen haben, im Wesentlichen getragen von der Inlandsnachfrage. Stimulierend wirkten Geld- und Finanzpolitik, während der aufwärts tendierende Außenwert der Krone gebremst hat; US-Dollar und Pfund Sterling haben gegenüber der Kro-

ne abgewertet, während norwegische und schwedische Krone an Wert gewonnen haben. Im Verlauf war die konjunkturelle Entwicklung ziemlich erratisch. Einer deutlich beschleunigten Produktionsausweitung – wesentlich bedingt durch das Anziehen der weltweiten Nachfrage – folgten ein leichter Produktionsrückgang im dritten sowie eine schwache Belebung im vierten Quartal, wiederum als Folge der Entwicklung der Ausfuhr. Diese wies gleichwohl die höchste Expansionsrate aller großen Nachfrageaggregate auf. Noch etwas kräftiger wurden die Importe ausgeweitet, so dass der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum etwa null gewesen sein dürfte. Die Bruttoanlageinvestitionen haben sich im Verlauf des Jahres deutlich erholt, getragen von den öffentlichen Investitionen und den Unternehmensinvestitionen, während der Wohnungsbau eingeschränkt wurde. Der private Konsum gewann erheblich an Schwung. Der Staatsverbrauch nahm nur wenig schneller zu. Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage dank erhöhter Beschäftigung im öffentlichen Dienst unverändert; die Arbeitslosenquote betrug wieder 4¹/₄%. Die Konsumentenpreise stiegen um 2,4%.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen ist um 2³/₄% ausgeweitet worden. Im westeuropäischen Vergleich ist das ein sehr günstiges Resultat, obwohl die Lohnstückkosten etwa gleich stark gestiegen sind wie in den anderen Volkswirtschaften Westeuropas. Erklären lässt sich dies mit der vielfach stark rationalisierten Produktion qualitativ hochstehender Waren, welche vielfach als Nischenprodukte internationaler Marktführer sind. Hier sieht die Entwicklung der Lohnstückkosten wesentlich günstiger aus als in der Gesamtwirtschaft. Das gilt nicht nur für pharmazeutische Erzeugnisse, sondern u.a. auch für Armaturen und Komponenten. Zudem ist die Landwirtschaft nach wie vor sehr effizient und hochgradig auf die Bedürfnisse der ausländischen Abnehmer ausgerichtet. Hierdurch wurde eine gewisse Krisenfestigkeit erreicht. Auch sind die Exportfirmen verstärkt auf bisher weniger beachtete Märkte wie Spanien, Finnland und Irland ausgewichen. Demgegenüber litt die bedeutende Ausfuhr von Dienstleistungen unter den erheblich reduzierten Einnahmen der Seeschifffahrt, während die weniger gewichtigen Zuflüsse aus dem Ausländertourismus stark zugelegt haben. Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen hat infolge der relativ lebhaften Inlandsnachfrage dynamischer expandiert als die Ausfuhr. Bei etwas verbesserten Terms of Trade ist der Überschuss der Leistungsbilanz mit 2¹/₄% des BIP gegenüber dem Vorjahr nur wenig zurückgegangen.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind um 1³/₄% gestiegen – ganz im Gegensatz zum westeuropäischen Rückgang. Im Verlauf war bis in den Herbst hinein ein Anstieg zu beobachten. Besonders stark – um etwa 6% – hat die öffentliche Hand ihre Investitionen ausgeweitet, wobei neben Bauvorhaben auch lebhaft in Informations- und Kommunikationstechnik investiert wurde. Die im Jahre 2001 ausgeprägte Rezession im Wohnungsbau – bedingt durch einen Einbruch

bei den Erhaltungsinvestitionen – ist im Verlauf einer Erholung gewichen. Gleichwohl errechnet sich wegen des beträchtlichen Unterhangs zu Jahresbeginn ein Minus gegenüber dem Vorjahr. Die Erhaltungsinvestitionen erholten sich zwar allmählich, doch hat der Wohnungsneubau trotz günstiger Finanzierungsbedingungen nicht mehr nennenswert zugenommen, obwohl der Wohnungsmarkt besonders im Großraum Kopenhagen einen spürbaren Nachfrageüberhang aufweist. Der gewerbliche Bau verharrte auf dem 2001 gesunkenen Niveau. Das gilt besonders für Bürobauten infolge des nach kurzer Erholung wieder verschlechterten konjunkturellen Umfelds, während die Landwirtschaft mehr in Gebäude investierte. Demgegenüber ist in Ausrüstungen sehr lebhaft investiert worden, vor allem zur Rationalisierung der Produktion. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie ist im Laufe des Jahres tendenziell zwar etwas gestiegen, lag aber um 1,6 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2001. Der Durchschnitt der neunziger Jahre wurde nur knapp unterschritten.

Der private Konsum hat nach drei Jahren mit recht flauer Entwicklung bei steigender Tendenz im Verlauf um rund 2% und damit reichlich doppelt so stark expandiert wie im Jahr zuvor. Obwohl die Verbraucher ihre Nachfrage auf breiter Front erhöhten, wurde die Entwicklung durch einen Sonderfaktor in Form sehr stark zunehmender Käufe von Personautos überzeichnet. Dies ist nicht nur eine Reaktion auf den zwischen 1998 und 2001 um insgesamt 40% gesunkenen Absatz, sondern auch auf die Absicht der ausländischen Kfz-Hersteller, ihre Netto-Preise EU-weit anzugleichen. Darüber hinaus haben die anhaltend günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, spürbare (wenn auch etwas geringere als 2001) Reallohnsteigerungen sowie sinkende Zinsen stimulierend gewirkt. Die Sparquote ist leicht gesunken. Andererseits ist mit den nach achtjähriger Hausse nur noch verhalten steigenden Haus- und Wohnungspreisen der Spielraum zur Aufnahme zusätzlicher Hypotheken geringer geworden. Das Konsumklima blieb das Jahr über günstig. Irritierende Meldungen über die Weltkonjunktur sowie kräftig steigende Energiepreise haben erst zum Jahresende eine deutliche Verschlechterung bewirkt. Der öffentliche Verbrauch expandierte mit 1¹/₄% ungefähr im Rhythmus des Vorjahres.

Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage günstig. Die Zahl der Beschäftigten, wie auch die der Arbeitslosen, war gegenüber 2001 unverändert; die Arbeitslosenquote lag – entsprechend dem Berechnungsmodus von EUROSTAT – wieder bei 4¹/₄%. Allerdings verringerte sich die Beschäftigung im privaten Sektor, was aber wie üblich durch Einstellungen im öffentlichen Dienst nahezu kompensiert wurde. Für Fachkräfte waren die Beschäftigungsaussichten im Allgemeinen immer noch befriedigend.

Die Konsumentenpreise sind im Jahresdurchschnitt um 2,4% gestiegen. Zu der in den meisten anderen westeuro-

päischen Ländern während des Sommerhalbjahrs zu beobachtenden Preisstabilität kam es nicht. Die Inflation hat sich in diesem Zeitraum lediglich verlangsamt. Davor und danach beschleunigte sich die Teuerung, wesentlich bedingt durch erhöhte Ökosteuern sowie steigende Energiepreise. Preisdämpfend wirkten die Importpreise. Sie sind gegenüber 2001 um 2¹/₄% gesunken.

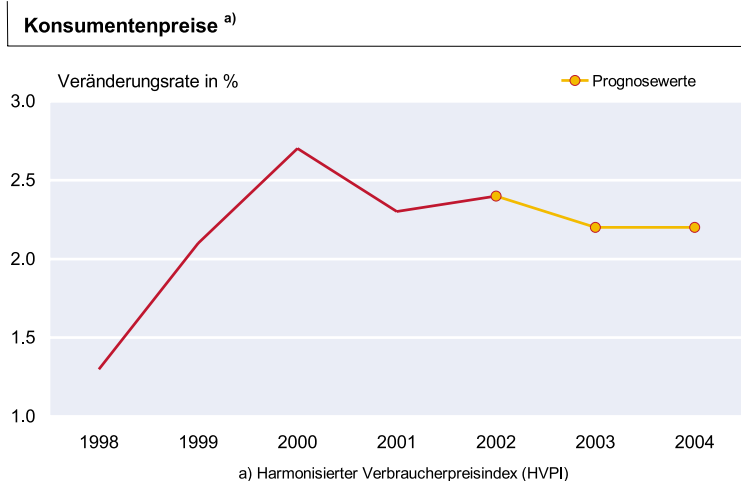
Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik dürften 2003 nur noch geringe Impulse auf die Konjunktur ausgehen. 2004 ist mit einer insgesamt etwa konjunkturneutralen Linie zu rechnen. Im Einzelnen sind allerdings jeweils unterschiedliche Einflüsse wahrscheinlich. So wird die Geldpolitik im laufenden Jahr deutlich anregen, und auch seitens der Finanzpolitik ist entgegen ihren Intentionen ein leichter Anstoß zu erwarten. Die Lohnpolitik wirkt in die gleiche Richtung, wenn auch schwächer als 2002. Demgegenüber bremst die Wechselkurspolitik deutlich – Effekte, die 2004 auslaufen. Dann dürfte die Finanzpolitik konjunkturneutral und die Geldpolitik kaum noch stimulierend wirken. Die Anstöße seitens der Lohnpolitik werden mäßig sein.

Die Geldpolitik orientiert sich weiterhin am Vorgehen der Europäischen Zentralbank (EZB). Da Dänemark seit Anfang 1999 durch das EWS II (Europäisches Währungssystem) eng mit dem Euro-Raum verbunden ist, hat sie nur geringen monetären Spielraum, und die Notenbank accordiert ihre Leitzinsänderungen mit jenen der EZB. Denn der Wechselkurs der Krone darf nur um maximal 2,25% nach beiden Seiten vom Leitkurs gegenüber dem Euro abweichen. Droht diese Bandbreite überschritten zu werden, muss die dänische Zentralbank eingreifen. Erst wenn das nicht reicht, wird die EZB aktiv. Zu größeren Währungsspekulationen taugt die Krone mithin nicht. In den Jahren bis 2001 lagen

die Notierungen der Krone dicht beim Leitkurs von 7,46 Kronen pro Euro. Es bedurfte keiner nennenswerten Eingriffe zur Kursstabilisierung mit Ausnahme einiger Tage im September 2000, als die Dänen (mit negativem Resultat) über die Einführung des Euro abgestimmt haben. Phasen der Kronenstärke – die auch die robuste fundamentale Verfassung der dänischen Volkswirtschaft reflektieren – wurden allerdings genutzt, um den Abstand zwischen dem dänischen und dem EZB-Leitzins zu verringern. So auch Anfang 2002, als starke Fremdwährungszuflüsse eine autonome Zurücknahme des Schlüsselzinses (Satz für zweiwöchige Ausleihungen) von 3,60 auf 3,55% bewirkten. Im August wurde er aus dem gleichen Grunde, wiederum autonom, in zwei kleinen Schritten auf 3,45% gesenkt. Als die EZB ihren Leitzins von 3,25% um 50 Basispunkte herabsetzte, folgte die dänische Notenbank prompt und reduzierte ihre Bankrate entsprechend auf 2,95%. Diese monetären Lockerungen regen infolge der üblichen Wirkungsverzögerung die Konjunktur erst 2003 spürbar an. Ein weiterer, in absehbarer Zeit im Schulterschluss mit der EZB erfolgender spürbarer Zinsschritt nach unten würde die konjunkturstimulierenden Anstöße nach 2004 hineinziehen. Im Laufe des Jahres lässt der Impuls jedoch nach. Dies könnte jedoch durch sinkende Kapitalmarktzinsen ausgeglichen werden, falls das Euro-Referendum in Schweden positiv ausgeht und damit die Einführung des Euro in Dänemark wahrscheinlich wird.

Währungspolitisch bereitete die Einführung des Euro-Bargeldes im Euro-Raum keine nennenswerten Probleme. Die Akzeptanz des Euro in Läden und Gaststätten ist größer als die der D-Mark, die einst an der Südgrenze und zur Touristensaison vielfach als Zahlungsmittel angenommen wurde. Der Handel zeichnet auch in Euro aus. In der Wirtschaft hält die Tendenz zur Euroisierung an. Etwa die Hälfte des Außenhandels wird mit dem Euro-Raum abgewickelt. Bei Dienstleistungen ist der Anteil noch größer.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Integrationspolitisch besteht immer noch die Option eines Beitritts zum Euro-Raum. Die großen sowie die meisten kleineren politischen Parteien plädieren dafür, ebenso mehrheitlich die Gewerkschaften und die Wirtschaft. Auch die Zentralbank erachtet diesen Schritt mit Blick auf die seit Jahren praktizierte Festkurspolitik gegenüber dem Euro als konsequent. Meinungsumfragen zufolge überwiegt bei der Bevölkerung seit einiger Zeit die Zahl der Befürworter jene der Skeptiker. Aber es gibt immer noch viele Unentschiedene. Nachdem das Euro-Referendum im Jahre 2000 mit einer knappen Ablehnung ausging, lässt die Regierung das heiße Eisen zunächst weiter ruhen, doch wird die Entwicklung in Norwegen (wo die Befürworter eines EU-Beitritts zuletzt eine ein-

drucksvolle Mehrheit erlangten) und in Schweden aufmerksam beobachtet. Entscheidend für das weitere Vorgehen wird der Ausgang der Volksbefragung in Schweden im September 2003 werden. Fällt diese positiv aus, wird Dänemark nachziehen. Die Beitrittskriterien (entsprechend dem Vertrag von Maastricht) werden schon lange erfüllt, und für die Währungsumstellung bestehen konkrete Pläne: Zwischen zustimmendem Referendum und dem Beitritt zum Euro-Raum soll ein Jahr liegen. Weitere zwei bis drei Jahre sind bis zur Einführung des Euro-Bargelds vorgesehen. Während einer Abschlussphase von zwei Monaten können Euro und Krone parallel zirkulieren. Basierend auf den Umstellungserfahrungen im Euro-Raum dürfte man die Frist jedoch verkürzen. Auch die Erfahrungen mit den Bemühungen um eine möglichst inflationsneutrale Umstellung dürften beherzigt werden. So etwa die unterschiedlichen Ergebnisse in Deutschland – wo sich die Regierung auf Zusagen von Verbänden verließ, die Umstellung inflationsneutral durchzuführen – und in Österreich, wo man für die Monate vor und nach der Einführung des Euro-Bargelds strikte Preiskontrollen dekretierte. Die Regierung wäre gut beraten, dem zwar ordnungspolitisch bedenklichen, stabilitätspolitisch aber gebotenen und vor allem populären österreichischen Beispiel zu folgen. Dabei könnte man auf entsprechenden Gesetze aus den inflationsgeprägten sechziger und siebziger Jahren zurückgreifen.

Die Konjunktur wurde 2002 von der Finanzpolitik gestützt. Das gilt besonders für den Wohnungsbau, der durch verschiedene neue Maßnahmen gefördert wird. Der Rückgang des Budgetüberschusses von 3,1% im Jahre 2001 auf ca. 2% des BIP überzeichnet diesen Effekt jedoch. Denn ein halber Prozentpunkt resultiert aus der Ausgliederung der Zusatz-Sozialversicherung aus den öffentlichen Haushalten. Hinzu kommt der Rückgang der Körperschaftsteuern von dem außergewöhnlich hohen Niveau des Vorjahres. Für die Jahre 2003 bis 2005 hat sich die Regierung gegenüber der EU-Kommission zu Überschüssen in den öffentlichen Haushalten von jährlich 2% des BIP verpflichtet. Im laufenden Jahr dürfte das Ziel jedoch verfehlt und die Konjunktur neuerlich leicht stimuliert werden, obwohl die zwischen Regierung und Gebietskörperschaften vereinbarte Ausgabenbegrenzung seine Einhaltung sichern soll. Aber erstens ist derlei schon früher ohne durchschlagenden Erfolg versucht worden. Dies umso weniger, als die Regierung ambitionierte Schritte unternimmt, um das nicht immer befriedigende Schul- und Krankenhauswesen zu verbessern, deren Etats jedoch über die Gebietskörperschaften laufen. Zweitens bleibt das Wirtschaftswachstum hinter den beim Erstellen des Staatshaushalts getroffenen Annahmen zurück. Die Staatsverschuldung wird sich indes brutto weiter auf eine Größenordnung von 43% des BIP verringern (1993, als die Verschuldung ihren Höhepunkt erreichte, war sie mit 83,8% fast doppelt so hoch); im Durchschnitt der EU sind hingegen mehr als 63% zu erwarten. Hinsichtlich Steuer- und Abga-

benbelastung (ca. 53% in Relation zum BIP) steht Dänemark mit Norwegen und Schweden weiter an der Spitze der westlichen Industrieländer. 2004 dürfte die Einhaltung des Konsolidierungsziels u.a. durch die kräftig steigenden Unternehmenssteuern erleichtert werden.

Lohnpolitisch wird die weitere Mäßigung bei den tariflichen Lohnsteigerungen nur verhalten fortgesetzt. Dies umso mehr, als die auch hier tonangebende Metallarbeitergewerkschaft einer moderaten Linie folgt. Die Abkehr von den tradierten zentralen Lohnverhandlungen hat den Lohndruck nicht in der erwarteten Weise verringert. Es ist zu erwarten, dass die Lohnkosten heuer um fast 4% und 2004 um 3³/₄% steigen. Mit einer Zunahme der Lohnstückkosten um etwa 2% wird der westeuropäische Durchschnitt weiter spürbar übertroffen. Vor allem die exportorientierten Unternehmen suchen dieses Manko wie bisher durch Rationalisierung, Spezialisierung auf hochwertige und innovative Erzeugnisse etc. zu kompensieren.

Dies liegt ganz auf der **industriepolitischen** Linie, die nicht nur den Einsatz von Informationstechnologie – sehr erfolgreich wie die PC- und Internetdichte zeigt – energisch vorantreibt, sondern vor allem zukunftssträchtige Bereiche wie Pharmazie und Medizin fördert.

Ordnungspolitisch werden Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung weiter geführt. Nicht nur die Anteile an der Fluglinie SAS möchte man gerne verkaufen (auch die Regierungen von Norwegen und Schweden wollen sich von ihren Anteilen trennen), sondern u.a. auch das Elektrizitätsunternehmen NESAs, die Post und die staatliche Erdölgesellschaft. In öffentlichem Besitz befindliche Wohnungen sollen – prioritär an die Mieter – verkauft werden. Entrümpelt wird auch das Subventionswesen im Baubereich.

Besonders ausgeprägt sind Liberalisierung und Deregulierung bei den laufenden, auch ausländerpolitisch motivierten, **Arbeitsmarktreformen**, die anderen europäischen Staaten zumindest teilweise zum Vorbild dienen oder dienen könnten. Ziel ist eine hohe Flexibilität des Faktors Arbeit. Entlassungen sind ganz kurzfristig möglich (für Massenentlassungen gelten besondere Regelungen). Ferner soll die weit überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Ausländern energisch gedrückt und ihre Integration in die Gesellschaft forciert werden, wozu auch die Asylgesetze Mitte 2002 drastisch verschärft und der muttersprachliche Unterricht für Einwanderer gestrichen wurde. Auch bei Arbeitsmöglichkeiten für wenig qualifizierte Kräfte verfährt man seitdem restriktiver. Fast gleichzeitig wurden aber die Regelungen für die Arbeitsaufnahme ausländischer Spezialisten auf jenen Gebieten liberalisiert, wo qualifiziertes Personal fehlt. Der Zwang, Arbeit anzunehmen, wurde drastisch verschärft. Wer nichts seiner Qualifikation entsprechendes findet, muss Stellen fast aller Art akzeptieren. Andernfalls werden die Unterstüt-

zungszahlungen erheblich gekürzt. Auf diese Weise sollen rund zusätzliche 150 000 Kräfte mobilisiert und die hierdurch eingesparten staatlichen Leistungen zur Senkung der Einkommensteuer verwendet werden. Der Zwang zur vorbildlich angebotenen Aus- und Weiterbildung für Arbeitssuchende bleibt ebenso bestehen wie die hohe Arbeitslosenunterstützung.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: Es kommt nicht zu einem bewaffneten Konflikt im Irak. In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um fast 3⁴/₄%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU sowie für den Euro-Raum sind niedrigere Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland 1% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24¹/₂ US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 2¹/₂%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welt Handels expandiert in einer Größenordnung von 5³/₄%.

In Dänemark erholt sich die Konjunktur 2003 nur allmählich. Die zunächst verhaltene konjunkturelle Entwicklung vollzieht sich jedoch auf einem soliden, ausgewogenen und spannungsarmen gesamtwirtschaftlichen Fundament. Allerdings ist die Steuer- und Abgabenbelastung nach wie vor eine der höchsten der Welt, und der öffentliche Dienst ist (wie z.B. auch in Österreich) im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Industrieländern überbesetzt. Doch welches »magische Vieleck« man auch immer bemüht – die Postulate werden an keiner Ecke verfehlt. Leistungsbilanz, Staatshaushalt, Inflationsrate (mit Einschränkung) und Arbeitslosenquote – um nur die wichtigsten zu nennen – weisen günstige Werte aus. Die Staatsverschuldung wird heuer in Relation zum BIP nur noch rund halb so hoch sein wie 1993. Die Beschäftigten sind motiviert und überwiegend gut qualifiziert. Die Exportwirtschaft kann dank ihrer effizienten, hochentwickelten, gut vermarkteten und vielfach auf Spitzenforschung basierten Produktion, mit der sie oft genug lukrative Nischen besetzt, mit den im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich steigenden Löhnen einigermaßen verkraften. Bei der Realisierung von Reformen nimmt das in mancher Hinsicht als Vorbild dienende Land innerhalb der EU ebenso einen der Spitzenplätze ein wie bei der Lebensqualität. Dabei galt Dänemark vor zwanzig Jahren noch als »kranker Mann am Öresund«. Die Wende kam im Sommer 1982 mit der konservativ dominierten Regierung Schlüter, welche die sich rasch drehende Lohn-Preis-Spi-

rale und die ständigen Zahlungsbilanzprobleme mit dem Abgehen von der Abwertungspolitik und der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erfolgreich bekämpfte. Es dauerte allerdings bis zum Ende der achtziger Jahre, bis das Verlassen der jahrzehntelang eingefahrenen Geleise auch von Unternehmern, Gewerkschaften und dem Gros der Bevölkerung nachvollzogen war. In den neunziger Jahren führten sozialdemokratisch dominierte Kabinette den Umbau ebenso fort wie jetzt die Administration des Liberalen Rasmussen. So, wie der Wandel auch jetzt im weitgehenden parteiübergreifenden Konsens fortgeführt wird, sind die ökonomischen Zukunftsperspektiven des Landes ungeachtet der Veränderungen in der Welt und in Europa sogar auf längere Sicht günstig zu beurteilen.

Nur noch wenig gestützt von der Wirtschaftspolitik gewinnt die Konjunktur im Anschluss an eine flauere Entwicklung im Winterhalbjahr 2002/2003 allmählich wieder an Dynamik. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert um fast 1¹/₂%. Privater und staatlicher Verbrauch wirken weiter stützend. Die Ausfuhr gewinnt mit dem Ende der Irak-Krise erheblich an Tempo. Vergleichsweise schwach fällt hingegen die Zunahme bei den Bruttoanlageinvestitionen aus, weil sich öffentliche und Unternehmensinvestitionen schwächer als 2002 entwickeln dürften, während der Wohnungsbau erheblich in Fahrt kommt. Auf dem Arbeitsmarkt verändert sich die Lage nicht wesentlich, die Arbeitslosenquote bleibt etwa konstant. Der Preisauftrieb lässt langsam nach, so dass die Konsumentenpreise nur noch um reichlich 2% steigen. Die Leistungsbilanz weist bei verbesserten Terms of Trade erneut einen Überschuss aus.

Der private Konsum wird im Wesentlichen stimuliert von den etwa im Takt mit den Reallöhnen wieder um annähernd 2% steigenden realen verfügbaren Einkommen. Die Beschäftigung stagniert annähernd, was jedoch das Konsumklima günstig beeinflusst. Die Sparquote dürfte nur noch wenig sinken, da sie im Vorjahr durch einen Sonderfaktor (vorgezogene Käufe von Personewagen) spürbar gedrückt worden ist. Auf diesen irregulären vorjährigen Schub hin ist heuer ein Rückgang beim Absatz von Neuwagen zu erwarten. Dieser dürfte indes mehr als kompensiert werden durch die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen im Zuge des kräftig zunehmenden Wohnungsneubaus. Zudem fördern die günstigen Finanzierungsbedingungen die Anschaffung langlebiger Güter, wenn auch die inzwischen im Allgemeinen überzogenen Preise von Wohnimmobilien kaum noch steigen dürften, was den Anstieg der Hypothekenkredite bremst. Der Staatsverbrauch expandiert mit ca. 1¹/₄% fast im Rhythmus des Vorjahres.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (rund + 3³/₄%) gewinnt nach dem Frühjahr im Zuge der internationalen Entspannung und der weltwirtschaftlichen Erholung deutlich an Schwung. Allerdings werden weiterhin Anteile am Weltmarkt

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}		2003 ^{a)}		2004 ^{a)}		
		EU ^{c)}	DØR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	DØR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,7	1,9	2,1	2,0	1,9	2,4	2,5
Inlandsnachfrage	1,1	1,8	2,2	2,3	1,6	1,8	2,7	2,2
Privater Verbrauch	0,8	2,1	2,7	2,2	2,0	1,9	2,2	2,2
Staatsverbrauch	1,2	1,4	1,0	0,9	0,8	1,0	1,0	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	2,3	1,3	3,8	1,5	2,5	5,2	3,4
Exporte ^{e)}	3,7	3,6	3,6	4,0	6,1	4,2	4,9	7,1
Importe ^{e)}	4,3	4,1	4,5	4,8	5,7	2,4	5,7	6,9
Industrieproduktion (ohne Bau)	1,7	- 1,4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,3	2,4	1,9	2,0	2,0	1,7	2,0	2,2
Arbeitslosenquote	4,3	4,2	5,0	4,2	4,2	5,0	4,1	4,1
Leistungsbilanz ^{f)}	2,5	2,1	2,2	2,1	2,8	2,6	2,2	2,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	3,1	2,0	2,0	2,0	2,4	2,2	2,5	2,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Det Økonomiske Råd, Kopenhagen, vom November 2002. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2002. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2002. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

verloren, auch weil das Wirtschaftswachstum der Hauptabsatzregion Westeuropa merklich hinter der Expansion der Weltwirtschaft zurückbleibt. Zudem dämpfen die im westeuropäischen Vergleich leicht überdurchschnittlich steigenden Lohnstückkosten sowie die kräftige Aufwertung der Krone gegenüber US-Dollar und – deutlich weniger ausgeprägt – gegenüber dem Pfund Sterling die Erholung. Dies, obwohl sich viele ausfuhrorientierte Unternehmen als Nischenanbieter auf dem Weltmarkt weiter sehr erfolgreich behaupten können. Der **Import**, angeregt durch die lebhaftere Inlandsnachfrage, dürfte um etwa 4¹/₄% expandieren. Bei spürbar verbesserten Terms of Trade wird der Überschuss der **Leistungsbilanz** wieder eine Größenordnung von 2% erreichen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** erhöhen sich um ca. 1¹/₂%. Die Entwicklung wird wesentlich getragen vom Wohnungsneubau, der trotz kaum noch steigender Haus- und Wohnungspreise um mindestens 5% zunehmen dürfte. Der Staat fördert den Bau von Mietwohnungen im Allgemeinen und – wie in Schweden – Wohnungen für Junge, ältere Leute sowie für Behinderte. Nach dem ausgeprägten Rückgang der Vorjahre ist eine Zunahme der Renovierungen wahrscheinlich. Der öffentliche Bau wird durch die Ausgabenbremse der öffentlichen Hand gedämpft und wird im Verlauf des Jahres wohl nur etwa stagnieren, gegenüber 2002 aber noch ein Plus aufweisen. In die Verbesserung des Eisenbahnnetzes im Großraum Kopenhagen fließt allerdings mehr Geld. Im gewerblichen Bau zeichnet sich nach der spürbaren Zunahme im Vorjahr eine schwächere Entwicklung ab. Diese steht im Zusammenhang mit den verhaltener expandierenden Ausrüstungsinvestitionen. Diese erholen sich erst im weiteren Verlauf des Jahres, wenn die Kapazitäten besser ausgelastet und die Absatz- und Ertragsersparungen günstiger sind. Vorrangig wird in die Rationalisierung investiert, um dem Lohn-

kostendruck entgegen zu wirken und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland möglichst zu halten.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, ändert sich die Lage nicht nennenswert. Die Arbeitslosenquote dürfte wieder bei 4¹/₄% liegen. Beschäftigung und Arbeitslosenzahl bleiben etwa stabil, da die öffentliche Hand wie üblich die im Privatsektor erfolgenden Entlassungen durch erhöhte Einstellungen kompensiert. Im Allgemeinen wird qualifiziertes Personal jedoch gehalten, um für den kommenden Aufschwung gerüstet zu sein. Denn die Erfahrung zeigt, dass es auf diesem Gebiet dann zu erheblichen Knappheitserscheinungen kommen wird.

Die Preisentwicklung beruhigt sich mit fallenden Ölpreisen nach dem Frühjahr wieder. Die Importpreise wirken infolge der Aufwertung der Krone stabilisierend. Zudem ist die konjunkturelle Erholung noch nicht kräftig genug, als dass die Gewinnmargen in nennenswertem Maße über Preiserhöhungen realisiert werden können. Umweltsteuern sowie Verkehrstarife wirken spürbar inflationär, während der Löhne etwas verlangsamt steigen. Die **Konsumentenpreise** erhöhen sich im Jahresdurchschnitt um rund 2¹/₄%.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 2³/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1¹/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In **Westeuropa**, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 2¹/₂%; in Deutschland expandiert es um fast 2¹/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei

24 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das **Volumen des Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In **Dänemark** kräftigt sich der konjunkturelle Aufschwung im Laufe des Jahres langsam weiter. Die Wirtschaftspolitik wird – bei neutraler Geld- und Finanzpolitik, bremsendem Wechselkurs, aber anregender Lohnpolitik – wohl nicht mehr stützend wirken. Ein Impuls könnte allerdings vom Kapitalmarkt kommen, falls das schwedische Euro-Referendum vom September 2003 positiv ausfällt und damit gute Aussichten für die Einführung des Euro auch in Dänemark bestehen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 2¹/₄% expandieren, in erster Linie getragen von der im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs kräftig zunehmenden Ausfuhr. Auch die **Bruttoanlageinvestitionen** gewinnen an Schwung, wobei die **Ausrüstungsinvestitionen** lebhafter ausgeweitet werden als die **Bauinvestitionen**. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage günstig. Obwohl sie sich im späteren Verlauf des Jahres etwas bessert, sinkt die **Arbeitslosenquote** im Schnitt des Jahres nur auf knapp 4¹/₄%. Die **Stabilisierung des Preisniveaus** macht keine Fortschritte mehr. Im Jahresdurchschnitt liegen die **Konsumentenpreise** um gut 2% über dem Niveau von 2003. Die **Leistungsbilanz** weist in Relation zum BIP ein Aktivum in der Größenordnung des Vorjahres aus.

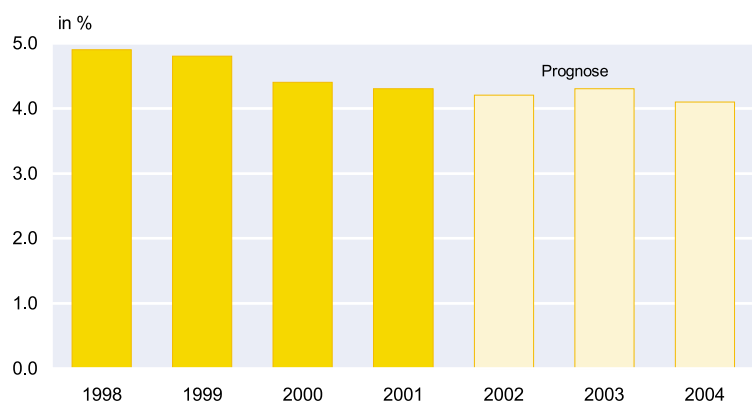
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nimmt um 4³/₄% zu. Die Entwicklung ist eng korreliert mit dem weltwirtschaftlichen Aufschwung, was angesichts einer Exportquote von ca. 46% nicht erstaunt. Der Zuwachs bleibt jedoch deutlich hinter der Ausweitung des Welthandels zurück, was teilweise auf die überdurchschnittlich steigenden Lohnstückkosten zurückzuführen ist. Zudem wird die Absatzsteigerung außerhalb Europas durch die Aufwertung der Krone und die damit verminderte preisliche Wettbewerbsfähigkeit gedämpft. Gegenüber dem Euro-Raum, Schweden und Mitteleuropa bleibt der Wechselkurs jedoch annähernd stabil; nach Europa gehen rund 75% der Warenausfuhr. Überdurchschnittlich steigen die Lieferungen von Investitionsgütern im Zuge des weltweit aufwärtsschwingenden Investitionszyklus. Auch die **Dienstleistungsexporte** erhöhen sich kräftig; das gilt vor allem für die bedeutenden Einnahmen aus Seefrachten. Die **Einfuhr** nimmt spürbar lebhafter zu als der Export. Bei nochmals verbesserten Terms of Trade dürfte neuerlich ein Überschuss der **Leistungsbilanz** von etwa 2% des BIP resultieren.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ ca. 3¹/₂%) erholen sich spürbar. Das gilt vor allem für

die **Ausrüstungsinvestitionen**. In einer derartigen Konstellation – langsame Investitionszunahme im Vorjahr und interner sowie weltweiter Konjunkturaufschwung – reagieren diese erfahrungsgemäß rasch und dynamisch. Günstige Finanzierungsbedingungen, zunehmende Auslastung der Kapazitäten und verbesserte Absatz- und Ertragsserwartungen wirken ebenso stimulierend, wie der Zwang zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit trotz merklich steigender Löhne in Rationalisierung, in den Ersatz veralteter Anlagen und in Produktinnovationen zu investieren. Weniger ausgeprägt, aber schneller als 2003 expandieren die **Bauinvestitionen**. Das gilt auch für den gewerblichen Bau. Die **Umwälzungen im Einzelhandel** in Richtung weniger und kleinerer Geschäfte bei gleichzeitiger Zunahme größerer Einkaufszentren regt nicht nur Neu-, sondern auch **Umbau- und Renovierungsinvestitionen** an. Die beabsichtigte Senkung der **Maut auf der Brücke über den Öresund** dürfte die Errichtung von **Logistikzentren** auf der dänischen Seite beflügeln. Die öffentliche Hand wird mehr Geld in das **Bildungs- und Gesundheitswesen** stecken – auch hier vorwiegend für **Um-, Ausbau und Erhaltung**. Der **Wohnungsneubau** dürfte im Ausmaß von 2003 ausgeweitet werden, vor allem stimuliert von günstigen Zinsen, gutem Wirtschaftsklima und der **Wohnungsknappheit** in den Agglomerationen (vor allem im Großraum Kopenhagen).

Der **private Konsum** expandiert mit rund 2¹/₄% etwa im Rhythmus des Vorjahres. Die **Reallöhne** dürften wieder um etwa 2% steigen. Dies und die stabile, sich ab Herbst besessernde Arbeitsmarktlage lassen ein günstigeres Konsumklima erwarten, was zusammen mit den niedrigen Zinsen für eine sinkende Sparquote spricht. **Dauerhafte Güter** profitieren wieder überproportional. Das gilt besonders für **Wohnungseinrichtungen** und den sich normalisierenden Absatz von Pkw. Der **Staatsverbrauch** wird erneut um ungefähr 1% ausgeweitet. Zwar bringt die konjunkturelle Erholung **Einsparungen** mit sich. Aber die geplanten Verbesserungen im

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Schul- und Gesundheitswesen erfordern spürbar höhere Aufwendungen.

Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Situation bis weit in das Jahr hinein kaum, mit Ausnahme der verstärkten Nachfrage nach Fachkräften. Der öffentliche Dienst wird in dem Maße wieder Personal abgeben, wie der private Sektor Beschäftigte benötigt. Angebotsseitig sollte die verschärfte Arbeits- und Sozialgesetzgebung bereits eine Entlastung bringen. Bei erst im weiteren Verlauf des Jahres langsam steigender Beschäftigung und nicht nennenswert sinkender Arbeitslosenzahl dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt reichlich 4% betragen.

Der Preisauftrieb verlangsamt sich nicht weiter, obwohl die Importpreise noch leicht stabilisierend wirken. Mit der Festigung der Konjunktur verbessern sich die Möglichkeiten zur Ausweitung der Gewinnspannen. Die Konsumentenpreise dürften um reichlich 2% über dem Niveau von 2003 liegen.

Abgeschlossen am 31. Januar 2003